

Fakten und Argumente



Foto: Laurence Chaperon

Machen wir **mehr aus** unserem Land

In Hamm, der Heimatstadt von Generalsekretär Laurenz Meyer, hat Angela Merkel am 17. August ihre diesjährige Sommer-Tour begonnen. Erster Besuch: im Frühförderzentrum der Lebenshilfe e.V.

„Machen wir mehr aus unserem Land!“ steht als Motto über dieser Reise, und gleich am ersten Tag lenkt die Partei-

vorsitzende die große Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die ihr gilt, auch auf die Menschen, die sie besucht. Gleichzeitig auf die Aufgabe, zu der sich in organisierter Selbsthilfe Menschen ihren Mitmenschen gegenüber verpflichtet haben: Anlass, auf den Gedanken zu sprechen zu kommen, der sozialer Hilfe eigentlich zugrunde liegt. (Seite 3-4)

Angela Merkel:
Wir haben eine sehr gute Sommerpause hinter uns. ■ Wir haben die Wirtschaftskompetenz zurückgewonnen. ■ Die Defizite der Regierung sind deutlich geworden. ■ Die CDU befindet sich im Aufwind.

INHALT

ZUWANDERUNG

Müller, Beckstein und Bosbach nehmen Stellung zum Regierungsentwurf

SEITE 6 - 8

UMRECHNUNG:

Beschlussempfehlung an den Bundesparteitag zur Euro-Umstellung

SEITE 12

AKTUELLE LAGE

Wirtschaftsinstitute korrigieren Aussichten nach unten

SEITE 14 - 17

Neu: Online spenden bei der CDU

■ Angela Merkel: Soziale Marktwirtschaft morgen – Hilfe für die wirklich Bedürftigen (Seite 4) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer: Finger weg von der Unabhängigkeit der Bundesbank (Seite 5) ■ Angela Merkel zu einem möglichen Bundeswehr-einsatz in Mazedonien: Wir stellen keine unzumutbaren Bedingungen (Seite 5) ■ Dirk Fischer: Rot-grüner Gesetzentwurf zur Autobahnmaut bleibt zu viele Fragen schuldig (Seite 8–9) ■ Michael Glos und Gerda Hasselfeldt zum Kabinettsbeschluß einer sog. Reinvestitionsrücklage: Von Steuergerechtigkeit noch weit entfernt (Seite 10–11) ■ Geballte Wirtschaftskraft für Berlin. Frank Steffel stellt weitere vier Mitglieder seines Beraterteams vor (Seite 18–19) ■ Christian Wulff will in der Fläche punkten. Wahlkampf in Niedersachsen (Seite 18) ■ Für einen besseren Schutz der Bürger. Kongress Innere Sicherheit in Hamburg (Seite 18–19)

Die CDU hat in den vergangenen Monaten eine intensive Debatte in Sachfragen geführt und neue Lösungen erarbeitet. Zum Beispiel in der Familien- und Bildungspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Biotechnologie und der Staatsreform.

Die Ergebnisse liegen jetzt zu großen Teilen vor, werden bis zum Dezember 2001 vervollständigt und können von Ihnen schon jetzt online begutachtet werden.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung

Die besseren Konzepte zu erarbeiten, reicht alleine nicht aus. Sie müssen auch kommuniziert und transportiert werden. Das kostet Geld. Daher bitten wir um Ihre Unterstützung. Denn die finanzielle Wettbewerbsfähigkeit der Parteien ist äußerst ungleich. So



wird etwa alleine der Wert der Unternehmensbeteiligungen der SPD auf eine Milliarde Mark geschätzt. Die SPD wird also als „reichste Partei Europas“ in den Bundestagswahlkampf 2002 ziehen. Die CDU wird dem Kreativität und Einsatz entgegensezten. Denn glücklicherweise kann man einen Wahlsieg nicht kaufen. Aber ein Mindestmaß an finanzieller Wettbewerbsfähigkeit ist unabdingbar. Daher ermöglicht die CDU ab sofort auch die Online-Spende via Kreditkarte. Wir bitten um Ihre Unterstützung.

<http://www.cdu.de>

klicken Sie auf das oben abgebildete Logo auf unserer Homepage

IMPRESSIONUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

„MACHEN WIR MEHR AUS UNSEREM LAND“

Angela Merkel eröffnet den Kommunal-Wahlkampf in Niedersachsen

Nach dem Besuch des Frühförderzentrums der Lebenshilfe in Hamm traf sich Angela Merkel mit dem Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers, in Ascheberg.

Von dort fuhr sie mit ihm per Rad zu einer Besichtigung der Firma Jokari-Krampe, einem mittelständischen Unternehmen, das als Weltmarktführer im Telekommunikationsbereich umfangreiche Aufträge an Behindertenwerkstätten vergibt. Den Abschluss des ersten Tages machte ein Sommerfest der CDU Ratingen, wo bei strahlendem Wetter gut 500 Teilnehmer bis in den Abend hinein gemeinsam feierten.

ZWEITER TAG: Für verbesserte Rahmenbedingungen für den Mittelstand setzte sich die Parteivorsitzende im Braunschweiger Luftfahrt-Elektronik-Unternehmen Aerodata ein, das Flugzeuge mit Mess-Systemen ausrüstet.

Zusammen mit dem Landesvorsitzenden Christian Wulff eröffnete sie anschließend in Hannover die „heiße Phase“ des nieder-



Angela Merkel, Landesvorsitzender Christian Wulff, die Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin in Hannover, Rita Pawelski, und der Kandidat für das Amt des Präsidenten der Region Hannover, Michael Fastabend, beim Wahlkampfauftritt am 18. August

sächsischen Kommunalwahlkampfs. 5000 Besucher waren anwesend und erlebten ein kraftvolles Startsignal mit viel Optimismus, was das Ergebnis am 9. September betrifft. (Siehe auch Seite 18)

DRITTER TAG mit einem weiteren Höhepunkt: Lothar Späth stellt der Parteivorsitzenden L.O.S. vor, das Tochterunternehmen der Jenoptik AG in Jena, das sich auf den Bau von Lasergeräten, optischen Systemen und Kameras spezialisiert hat.

Angela Merkel würdigte das Erreichen von Chancen zum Nutzen einer ganzen Region mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

VIERTER TAG: Angela Merkel besucht das Logistik-Unternehmen Amazon.de im niedersächsischen Bad Hersfeld. „Jetzt habe ich eine klare Vorstellung davon, wie E-Commerce läuft,“ kommentiert die Parteivorsitzende ihre Stippvisite bei Deutschlands führendem Internet-Händler für Bücher, der 1,6 Millionen Titel im Angebot hat. Als Geschenk erhielt sie von ihm das Buch „Starke Frauen sagen, was sie wollen“.

Lothar Späth hat der Parteivorsitzenden zugesagt, ihr bei der Umsetzung des Konzepts der Neuen Sozialen Marktwirtschaft als Berater zur Seite zu stehen.

ANGELA MERKEL:

Soziale Marktwirtschaft morgen: Hilfe für die **wirklich** Bedürftigen

Anlässlich ihres Besuches eines Frühförderzentrums für geistig behinderte Kinder in Hamm am 17. August erklärte die Parteivorsitzende:

Behinderte Menschen sind angewiesen auf die solidarische Unterstützung der Gesellschaft. Unser Ziel muss es sein, dass behinderte Menschen wie alle anderen in der Gesellschaft



integriert sind und am Arbeitsleben teilhaben. Dazu gehört die Unterstützung von Einrichtungen und Projekten sowie die gezielte Förderung: Die CDU fordert ein Leistungsgesetz, das die derzeitige Eingliederungshilfe für Behinderte im Sozialhilferecht ablöst und einheitliche Leistungen unabhängig vom Vermögen und Einkommen des Betroffenen oder seiner Eltern gewährt. Damit erreichen wir,

dass die Behinderten aus der Sozialhilfe kommen. Genauso müssen die Kinder weg vom Sozialhilfetopf, indem für sie das Familien- geld geschaffen wird.

sie wieder fit gemacht werden für den Arbeitsmarkt. Wer arbeitsfähig ist, muss aber eine angebotene Arbeit annehmen, eine gemeinnützige Tätigkeit übernehmen oder an einer Qualifikationsmaßnahme teilnehmen. Damit verwirklichen wir auch wieder den ursprünglichen Gedanken der Sozialhilfe, die als zeitweilige Unterstützung in Notlagen und nicht als Dauerleistung angelegt war.

Ein Stück gelebter Sozialer Marktwirtschaft

Der Anspruch behinderter Menschen auf einen Platz in der Gesellschaft, der ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht, ist ein Teil gelebter Sozialer Marktwirtschaft. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsentwurf, der jedem Menschen entsprechend seinen Möglichkeiten Schutz und Chance bietet. Dieser Gesellschaftsentwurf muss aber gerade in Zeiten epochaler Veränderungen auch in Zukunft bestehen bleiben und in die Praxis umgesetzt werden.

Für die Zukunft unserer Sozialsysteme heißt dies konkret: Sozialhilfe erhalten nur die wirklich Bedürftigen. Mit gezielter Betreuung und Beratung müssen

Wir müssen Freiräume für Hilfenschaffen

Der Vorstoß des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch geht daher genau in die richtige Richtung. Wenn wir nicht nur in Hessen, sondern in ganz Deutschland die Zahl der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger halbieren, sind wir ein großes Stück vorangekommen. Damit schaffen wir Freiräume für die Unterstützung der wirklich Bedürftigen und sichern unser Sozialsystem für das 21. Jahrhundert.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Finger weg von der Unabhängigkeit der Bundesbank

Zum Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Eichel zur Änderung des Bundesbankgesetzes erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Wir fordern den Bundesfinanzminister auf, die Unabhängigkeit der Bundesbank zu bewahren. Mit seinem neuen Gesetzentwurf steuert Eichel in die entgegengesetzte Richtung und untergräbt die Unabhängigkeit. Zu Recht hat jetzt auch die Europäische Zentralbank in Frankfurt (EZB) Alarm geschlagen, nachdem bereits die Bundesländer Eichels Pläne abgelehnt haben. Die EZB befürchtet, dass von den Plänen ein falsches Signal ausgeht und der Bundesfinanzminister hinsichtlich der Unabhängigkeit der EZB und der nationalen Zentralbanken einen grundsätzlichen Kurswechsel will.

Die CDU-geführte Bundesregierung hatte nach langen Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag durchgesetzt, dass die EZB und die nationalen Zentralbanken nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank un-

abhängig sein müssen. Es wäre fatal, wenn das dadurch erreichte Stabilitätsprinzip in Gefahr geraten würde.

Das vorgesehene Recht des Bundestags, Empfehlungen für die Verbesserung der Effizienz der Bundesbank abzugeben, würde, auch nach Auffassung der EZB, die Unabhängigkeit des Europäischen Zentralbanksystems beeinträchtigen. Politische Stellungnahmen könnten sehr weit gefasst sein und somit nicht nur die Effizienz der Bun-

desbank, sondern auch deren Einsatz für das Euro-System treffen. Angesichts des politischen Drucks, so die EZB weiter, werde es der Bundesbank unmöglich sein, diese Stellungnahmen außer Acht zu lassen. Andere EU-Mitgliedstaaten, die nur mit viel Überzeugungskraft der Unabhängigkeit der EZB in Maastricht zustimmten, könnten rasch dem schlechten Vorbild von Eichel folgen. Die Stabilität des Euro käme wenige Monate vor der Euro-Bargeld einführung in Gefahr.

BUNDESWEHR NACH MAZEDONIEN

Merkel: Wir stellen keine unzumutbaren **Bedingungen**

„Seit drei Jahren hat Schröder Haushaltssolidierung ganz bewusst auf dem Rücken der Bundeswehr ausgetragen.“

Endlich davon abrücken und den „Einstieg in die Wende bei der Finanzierung der Bundeswehr“ vollziehen, ist eine der Bedingungen, die die CDU der Bundesregierung stellt,

wenn es darum geht, einem Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien zuzustimmen. Die andere, die allerdings „noch bei weitem“ nicht erfüllt ist: „ein ehrliches und robustes Mandat der Nato“.

Dritte der durchaus unzumutbaren Bedingungen: die Sicherheit unserer Soldaten durch modernste Ausrüstung.

Union sieht nach detaillierter Prüfung erheblichen **Klärungsbedarf** und keine Möglichkeit, dem derzeitigen Entwurf zuzustimmen



P. Müller



G. Beckstein



W. Bosbach

Nach detaillierter Prüfung und Bewertung des Gesetzentwurfes von Bundesinnenminister Schily zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern haben der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, Vorsitzender der CDU-Zuwanderungskommission, der bayerische Staatsminister des Innern, Günther Beckstein, und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 23. August in Berlin deutlich gemacht, dass eine Zustimmung der Union zu dem Gesetzentwurf davon abhängt, dass das Ziel der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung tatsächlich umgesetzt wird.

Die Begrenzung der Zuwanderung führt der Entwurf zwar im Titel, aber weder im Gesetzes- text noch in der Begründung wird diesem Ziel

Rechnung getragen. Die Zuwanderung muss am nationalen Interesse orientiert sein, das heißt, es muss eine Umsteuerung der gestalt gelingen, Zuwanderung in die Sozialsysteme zurückzuführen, um Raum für Zuwanderung dort zu schaffen, wo es Deutschland nutzt. Überdies müsse abgewartet werden, wie letztlich auf Basis der bestehenden Vorschläge der rot-grüne Regierungsentwurf aussieht.

Ungeachtet der Tatsache, dass der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers wichtige Forderungen des Zuwanderungskonzeptes der Union aufgreift und richtigerweise wesentliche von der Regierungskommission vorgeschlagene Elemente nicht in den Entwurf eingeflossen sind, enthält das Konzept des Bundesinnenministers grundlegende Schwachstellen, die den Entwurf in seiner jetzigen Form nicht zustim-

mungsfähig machen. Als Beispiele sind zu nennen:

Bund bei Kosten gefordert

Der Entwurf des Bundesinnenministers geht davon aus, dass mit keinen zusätzlichen Haushaltsausgaben zu rechnen sei. Dies ist nicht nachvollziehbar und völlig illusorisch. Zusätzliche erhebliche Kosten entstehen sowohl durch Integrationskurse, für den Lebensunterhalt der Teilnehmer während der Kurse, für die Wohnraumversorgung der Zuwandernden sowie für die schulische und soziale Betreuung, aber auch durch die Schaffung des neuen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Angesprochen wird auch nicht die Beteiligung von Unternehmen sowie Ausländern selbst an den Kosten der Integration. Die Bundesregierung ist aufgefordert, diese Kosten zu beziffern und zu verdeutlichen, in welchem Umfang der Bund bereit ist, sich an den Kosten zu beteiligen.

Keine unbegrenzte Arbeitsmigration – Länder müssen mitsteuern können

Zusätzliche neue Einwanderungstüren öffnet der Entwurf des Bundesinnenministers hinsichtlich der Arbeitsmigration. Der Entwurf bricht mit dem bisherigen Regelungssystem des Zugangs von Ausländern zum Arbeitsmarkt, ohne dass das Bundesinnenministerium verdeutlicht, welche zahlenmäßigen und sonstigen Auswirkungen die neuen Regelungen haben. Eine Generalermächtigung der Arbeitsverwaltung, den Umfang der Arbeitsmigration weitgehend selbst zu bestimmen, obwohl die Länder und Kommunen die Hauptlast der Integration tragen, ist nicht zustimmungsfähig.

Die geplante unbegrenzte Zuwanderung von Hochqualifizierten und Selbstständigen, aber auch von Studenten ist aus Sicht der Union nicht zustimmungsfähig. Weder wird definiert, was unter einem Hochqualifizierten zu verstehen ist, noch sind die Bedingungen, unter denen ein Selbstständiger zuwandern kann, ausgereift und ausreichend.

Dies beinhaltet Missbrauchsmöglichkeiten. Bei

Selbstständigen wäre eine Verknüpfung mit einem bestimmten Investitionsvolumen oder der Schaffung von Arbeitsplätzen zu überlegen. Offen bleibt auch, für welche Berufsgruppen und unter welchen Voraussetzungen die Zuwanderung in Fällen unselbstständiger Erwerbstätigkeit erfolgen kann. Für die Union muss sich die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt an einem dauerhaft vorhandenen, echten Arbeitsmarktbedürfnis orientieren. Eine Verweigerung unter Hinweis auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes muss möglich sein. Dabei muss der Grundsatz „Ausbildung und Qualifizierung geht vor Zuwanderung“ gesetzlich verankert werden. Ferner muss die Festlegung der Zuwanderungshöchstzahlen in der Arbeitsmigration durch Rechtsverordnung der Bundesregierung unter anderem von der Zustimmung des Bundesrates abhängig gemacht werden.

Die Union sieht in der neu vorgesehenen Zuwanderung im Auswahlverfahren eine Form der Zuwanderung allein aus demographischen Gründen, die sie schon bisher stets abgelehnt hat. Sie hält es deshalb für erforderlich, die entsprechende Vorschrift des Paragraph 20 im Entwurf zu streichen.

Beschleunigung des Asylverfahrens

Zwar ist der Entwurf als positiv zu bewerten, soweit er Regelungen zum Familienasyl, die obligatorische Überprüfung des Asylstatus, entgegen bisheriger Vorstellungen der Bundesregierung eine dauerhafte Reduzierung der Leistungen für Asylbewerber, zusätzliche Möglichkeiten zur Ausschließung von Sukzessiv- und Nachfolgeanträgen, eine neue Strafverschrift zur Verschleierung der Identität und die Schaffung von Ausreisezentren bei gleichzeitiger räumlicher Aufenthaltsbeschränkung vorsieht. Allerdings werden keine ausreichenden Vorschläge zur Beschleunigung der Asylverfahren unterbreitet. Zu fordern ist außerdem die Beibehaltung der Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheider im Asylverfahren und die Institution des Bundesbeauftragten.

Klärungsbedarf beim Familiennachzug – Veto gegen EU-Regelungsentwürfe

Die Regelungen zum Familiennachzug verkomplizieren die bisherige Rechtslage und lassen eine erhebli-

che Erweiterung des Familiennachzugs befürchten, zu deren Umfang sich der Entwurf ausschweigt. Die Möglichkeiten des Familiennachzugs hinsichtlich des Nachzugsalters sind restriktiver zu fassen. Die geplante Absenkung des Nachzugsalters auf 12 Jahre ist weder ausreichend noch auf Grund nicht konkretisierter Ausnahmeregelungen praktikabel.

Die Union fordert die Bundesregierung dazu auf, die Richtlinien-Entwürfe der Europäischen Kommission zum Familiennachzug und zum Asylrecht abzulehnen. In diesem Zusammenhang hält es die Union für indiskutabel, dass die Bundesregierung entgegen einem einstimmigen Votum der Innenministerkonferenz der EU-Richtlinie zu Mindestnormen für die Gewährung vorübergehendes Schutzes im Falles Massenzustroms von Vertriebenen zugestimmt hat. Damit entscheidet die EU zusammen mit dem Bund über die Aufnahme etwa von Bürgerkriegsflüchtlingen, während die Länder zusammen mit den Kommunen für die daraus entstehenden Kosten aufzukommen haben.

http://
Weitere Informationen zum Thema Zuwanderung:
www.cdu.de/infonet

Rot-Grün bleibt zu viele Antworten schuldig

Zu den Plänen der Bundesregierung, schwere Nutzfahrzeuge künftig mit einer Autobahnmaut zu belasten, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:

Das Bundeskabinett hat mit seiner Entscheidung die von uns schon lange geforderte elektronisch erhobene, streckenbezogene Lkw-Straßenbenutzungsgebühr auf, aber nicht über die Bühne gebracht. Dazu bleibt der Gesetzentwurf von Minister Bodewig zu viele Antworten schuldig.

■ Ohne klare Aussagen über die Zweckbindung des Gebührenaufkommens für unsere Straßeninfrastruktur ist der Gesetzentwurf völlig unzureichend. Die Erlöse aus der heutigen Lkw-Vignette i.H.v. 800 Mio. DM p.a. werden bei der von Bodewig angekündigten Maut-Höhe zwischen 27 und 37 Pf/km auf wenigstens 5 Mrd. DM p.a. versechsfacht, aber nur 750 Mio. DM dieser gewaltigen Summe fließen über das sogenannte „Anti-Stau-Programm“ zurück in den Bundsautobahnbau. Dadurch

wird insbesondere deutlich, dass die Maut überwiegend als „Wegesteuer für den Bundeshaushalt“ ausgestaltet ist.

Jeder Verkehrsträger hat seine Wegekosten selbst zu tragen. Die 100%-ige Kostendeckung durch die Nutzer ist in Ordnung. Quersubventionierungen zu anderen Infrastrukturbereichen lehnt die Union aber strikt ab, weshalb das aufwandsbezogene Gebührenaufkommen der Lkw-Maut ab 2003 auch komplett im System Straße verbleiben muss.

■ Über die Höhe der Gebühr pro Kilometer kann z. Z. noch keine Aussage gemacht werden, da sich nach eigener Aussage der Bundesregierung nach EU-Recht die Höhe der Maut an den Wegekosten orientieren muss. Dazu verlange ich die umgehende Vorlage des entsprechenden Gutachtens und eines Zahlenwerkes.

■ Ein besonderer Vertrauensbruch ist auch darin zu sehen, dass durch den Chef



des Bundeskanzleramts, Dr. Steinmeier, vor knapp einem Jahr im Zuge der Gespräche um die existenzgefährdende Erhöhung der Mineralölsteuer versprochen wurde, mit Einführung der Lkw-Maut zugleich einen wettbewerbsförderlichen Ausgleich für das deutsche Transportgewerbe zu schaffen. Nichts dazu ist im vorgelegten Gesetzentwurf geregelt oder in anderer Weise zeitgleich vorgestragen worden.

Vernichtungsprogramm

Anstatt die Wettbewerbsunterschiede zu anderen europäischen Unternehmen weitestgehend auszugleichen, wird unser Straßengüterverkehr in exorbitanter Art und Weise abkassiert. Die Union wird sich nicht an einem solchen Vernichtungsprogramm für Unternehmen und Arbeitsplätze beteiligen.

■ Verkehr wird in Wahrheit nicht auf die Schiene verlagert, sondern auf Fahrzeuge aus anderen EU-Mitgliedstaaten und dem osteuropäischen Raum, die zur Aufgabe gezwungene deutsche Lkws sofort ersetzen.

■ Bei einer regelmäßig sicherheitsgefährdenden Umfahrung von Autobahnen lehnen wir die Bemautung

solcher Ausweichstrecken nicht grundsätzlich ab. Allerdings darf das nur in eng begrenzten Einzelfällen mit besonderem Ausnahmeharakter und im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens durch Bundestag und Bundesrat entschieden werden. Den Bundestag durch eine Verordnungsermächtigung auszuschalten, ist für uns völlig ausgeschlossen.

■ Umgekehrt bedarf es unter Einbeziehung internationaler Erfahrungen der eingehenden Erörterung, ob Stadtautobahnen von der Mautpflichtigkeit auszunehmen sind. Gerade in den großen Ballungsräumen unseres Landes ließen sich dadurch schädliche Verlagerungsverkehre auf das nachgeordnete Straßensystem vermeiden.

■ Das Maut-Gesetz sieht – wie auch schon das alte Vignetten-Gesetz – eine Reihe von Freistellungen vor, so z.B. für Fahrzeuge des Bundes, der Streitkräfte, der Polizei und für Einsatzfahrzeuge zur Bekämpfung von Unglücken etc. Im bisherigen Vignetten-Gesetz sind aus guten Gründen auch die Geschäfte und Wohnwagen der Schausteller von der Gebührenpflicht befreit gewesen, da sie keinen Gütertransport betreiben, sondern

Klaus Lippold: Chance vertan

Der Bundesverkehrsminister hat die Chance vertan, ein durchdachtes Gesamtkonzept zur sinnvollen Umgestaltung der Infrastrukturfinanzierung auf den Weg zu bringen. Stattdessen stimmt das Bundeskabinett einem Vorhaben zu, das der Infrastruktur, dem Arbeitsmarkt und der Konjunkturentwicklung schaden wird.



als „wandernde Betriebe und Wohnungen“ zu klassifizieren sind. Es wäre eine große Ungerechtigkeit, den Schaustellern diese Befreiung jetzt zu entziehen, zumal die DB AG die Möglichkeit des Schienentransports für die Schausteller dramatisch eingeschränkt hat.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Gesetzgebungsverfahren für diese Positionen eintreten und auch in den Gesprächen mit den Bundesländern die besondere Verantwortung des Bundesrates in diesem Gesetzgebungsverfahren unterstreichen.

Falsche Richtung

■ Anreize für Armutswanderer und Elendsflüchtlinge! Innenminister Otto Schily hat es nur nicht offen gesagt, dass er den deutschen Arbeitsmarkt auch für Personen öffnen will, die bisher vor allem wegen des deutschen Sozialsystems zugewandert sind. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Angesichts von fast vier Millionen Arbeitslosen und einer Wirtschaft auf Talfahrt kann eine Öffnung des Arbeitsmarkts nur dann in Frage kommen, wenn sie nicht gegen die Interessen von Erwerbslosen in Deutschland und der deutschen Wirtschaft gerichtet ist. Es darf keine Zuwendungsregelung geben, die die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht zurückführt, sondern noch verschärft.“ Überhaupt: Die strukturellen Probleme unseres Landes, z.B. bei den sozialen Sicherungssystemen, lassen sich nicht durch das Ausländerrecht lösen. Sie machen eigene famili-, sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich.

Immer bedrohlicher

■ Deutschland befindet sich in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation. Die Halbie-

rung des Wachstums von 1,6 Prozent im ersten Quartal 2001 auf nur noch 0,7 im zweiten zeigt, dass der deutschen Volkswirtschaft die Gefahr droht, in eine rezessive Phase abzugleiten. Durch falsche wirtschaftspolitische Weichenstellungen ist die Regierung Schröder verantwortlich für den Wachstumseinbruch. **Dietrich Austermann**, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Zu einer zukunftsorientierten Politik, die den bedrohlichen Trend umdreht, gehört die Umsetzung des von der CDU/CSU vorgelegten 10-

Punkte-Programms: Es müssen u.a. ■ dringend geplante Steuersenkungsschritte vorgezogen, ■ die nächsten Schritte der Öko-steuereingefroren und ■ deregulierende Maßnahmen des Arbeitsmarktes in Angriff genommen werden.“

Untätig

■ Drei rot-grüne Regierungsjahre und immer noch kein vernünftiger Wettbewerb auf den Post- und Telekommunikationsmärkten. Im Gegenteil: Maßnahmen, die die Monopole verlängern. Die Linie dieser Politik: arbeitsmarkt- und ver-

MICHAEL GLOS:

Von Steuergerechtigkeit noch weit entfernt

Zum Kabinettsbeschluss einer sog. Reinvestitionsrücklage erklärte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos:

Von Steuergerechtigkeit für den Mittelstand ist Eichel noch meilenweit entfernt. Das belegen schon die Zahlen des Finanzministeriums: Während die Kapitalgesellschaften durch die Steuerfreiheit von Anteilsveräußerungen um über vier

Mrd. DM im Jahr entlastet werden, soll die Reinvestitionsrücklage den Finanzminister gerade einmal 300 Mio. DM kosten. Dabei sind über 90 % der deutschen Unternehmen Einzelkaufleute oder Personengesellschaften.

Eine richtig verstandene *Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts* müsste als zentrales Element eine sofortige und deutliche Senkung der Einkommensteuersätze bringen.

GERDA HASSENFELDT:

braucherfeindlich. **Elmar Müller**, Vorsitzender des Beirats bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion übt heftige Kritik an der Untätigkeit der Schröder-Regierung angesichts der bundesweit andauernden Schließung von Postfilialen und von erst kürzlich eröffneten Agenturen.“ Der Clou: Protestierende Gemeinden bestraft die Deutsche Post damit, dass sie auch noch die Briefkästen abmontieren lässt.

Ungerecht

■ Wer regelmäßig mit der Bahn fährt, muss künftig im Nah- und Fernverkehr erheblich mehr bezahlen. Das neue Tarifsystem der Deutschen Bahn AG, das ab Herbst gelten soll, schränkt Vorteile ganz auf Frühbuchungen ein. Die schnelle, kurzfristige Entscheidung für die Bahnfahrt wird nicht belohnt. **Georg Brunnhuber**, stellv. verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die Bahn wird Stammkundschaft an das Auto verlieren. Die CDU/CSU-Arbeitsgruppe Verkehr fordert ein Tarifsystem, das den Interessen der Bürger gerecht wird und das Bahnfahren für sie auch weiterhin attraktiv macht.“

Halbherzig und scheinheilig

Zu dem vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Fortführung der Unternehmenssteuerreform erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Als große Entlastung des Mittelstandes verkauft, bei näherem Hinsehen nur eine Seifenblase.

Die angekündigte Reinvestitionsrücklage für Personenunternehmen wird in ein derart enges Korsett von Bedingungen gezwängt, dass sie nur für wenige, größere Unternehmen interessant ist. So darf ein Handwerksbetrieb, der Beteiligungsanteile veräußert, nur wieder in solche investieren. Eine Ver-

wendung für andere Investitionen seines Betriebes, insbesondere solche, die Arbeitsplätze schaffen, bleibt ihm jedoch verwehrt. Zudem sind ihm die erwähnten Investitionen lediglich in einem Zeitraum von 2 Jahren erlaubt.

Großen Kapitalgesellschaften werden diese engen Schranken bei ihren Anteilsveräußerungen nicht auferlegt. Sie erhalten sogar zusätzlich die Möglichkeit, Kreditzinsen, die sie für solche Geschäfte zahlen müssen, steuerlich abzuziehen. Das ist zwar systemgerecht und begrüßenswert, aber es verschafft ihnen gegenüber den Personengesellschaften einen weiteren Marktvorteil.

Auf keinen Fall

■ Im Sommerloch wird die Forderung fast regelmäßig aufgetischt. Diesmal ist es der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD), der die Dienstpflicht für Männer und Frauen einführen will. **Maria Eichhorn**, Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Familie, Senioren,

Frauen und Jugend: „Schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Denn unsere Verfassung bestimmt: Frauen dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden. Für eine Änderung des Artikel 12 a Absatz 4 unseres Grundgesetzes gibt es im Bundestag keine Mehrheit.“

UD

...an den Bundesparteitag zur Euro-Umstellung

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten ab dem 1. Januar 2002:

■ **Erstens:** Die in § 3 (Spenden) FBO und § 4 (Spendenrichtlinien) FBO angegebenen Betragsgrenzen von DM 1.000,- werden gemäß Artikel 5 der Verordnung 1103/97 über Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro mit dem Faktor 1,95583 umgerechnet und betragen Euro 511,29. Der Betrag von DM

PERSONALIE

Roland Koch hat die Landtagsabgeordnete **Silke Lautenschläger** zur neuen Sozialministerin in Hessen bestellt. Bei der Aushändigung ihrer Ernennungsurkunde bescheinigte ihr der Ministerpräsident große Sachkompetenz und Durchsetzungsvermögen. Roland Koch: „Sie ist ein klares Zukunftssignal.“ Die mit 32 Jahren jüngste Ministerin in Deutschland hat die Nachfolge von Marlies Mosiek-Urbahn angetreten.



20.000,- entspricht Euro 10.225,84.

■ **Zweitens:** Die in § 4 (Spendenrichtlinien) FBO festgelegte Betragsgrenze von DM 3.000,- für die Einnahme von Barspenden wird der Einfachheit halber auf Euro 1.500,- gerundet (dieser Betrag ist nicht Inhalt des Parteiengesetzes).

Die in § 25 (Rechnungslegung) FBO festgelegte Betragsgrenze für Bargeldkassen auf Bundesebene von DM 20.000,- wird der

Einfachheit halber auf Euro 10.000,- umgerechnet (dieser Betrag ist nicht Inhalt des Parteiengesetzes).

Der Beitragsanteil der Kreisverbände von DM 1,25 wird ebenso wie der beschlossene Sanierungsbeitrag der Kreisverbände (Beschluss D 1 vom Essener Parteitag 4/2000 Pkt. 1. und 2.) mit dem offiziellen Umrechnungsfaktor umgerechnet. Der Betrag von DM 2,25 (Beitragsanteil DM 1,25 + Sanierungsbeitrag DM 1,- [pro Mitglied und Monat = Euro 0,51]) entspricht dann Euro 1,15.

Die Richtwerte zur Selbsteinschätzung der Beitragshöhe (Beschluss D 1 vom Essener Parteitag 4/2000 Pkt. 4.3) werden der Einfachheit halber wie folgt umgerechnet:

monatliche Brutto-Einnahmen in Euro

bis 1.000,-
bis 1.500,-
bis 2.000,-
bis 2.500,-
bis 3.500,-
bis 5.000,-
über 5.000,-

monatlicher Beitrag in Euro

5,-
5,- bis 10,-
10,- bis 15,-
15,- bis 20,-
20,- bis 35,-
35,- bis 50,-
50,- und mehr

NOCH STÄRKER als bei den Westdeutschen ist das Vertrauen bei den Ostdeutschen in die Wirtschaftskompetenz des Bundeskanzlers gesunken. 57 Prozent von ihnen waren bei seinem Regierungsantritt der Meinung, er würde die Probleme der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in den Griff kriegen. Laut dimap glauben heute in Ost und West 52 Prozent nicht mehr an eine entsprechende Kompetenz bei ihm.

DRAMATISCH hat sich der Wohnungsleerstand in Ostdeutschland vergrößert. In Eisenhüttenstadt ist jede 5. Wohnung unbewohnt. Ursachen: Arbeitsuche im Westen, Eigenheimbau. Besserung nicht in Sicht. Denn gleichzeitig hat sich insgesamt die Bevölkerungszahl der jüngsten deutschen Stadt von 50.000 vor der Wende auf heute knapp 42.000 verringert.

MEHR STEUERN denn je haben im letzten Jahr die deutschen Unternehmen nachzahlen müssen: nach Betriebsprüfungen insgesamt die Rekordsumme von 27,4 Milliarden Mark, die zu 80 Prozent auf Großunternehmen entfielen. 10,75 Milliarden Mark waren Körperschaftssteuer, knapp 6,3

Milliarden waren Gewerbe- steuer.

ZURÜCKGEGANGEN

ist im ersten Quartal dieses Jahres die Zahl der Gewerbeanmeldungen in Deutschland: um 3,8 Prozent bei 207.000 Anmeldungen insgesamt. Rückläufig war auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen – sie ging um 2,2 Prozent auf 187.000 zurück –, bei denen es sich allerdings in etwa 41.000 Fällen um die Aufgabe größerer Betriebe gehandelt hat.

SEIT 5 JAHREN sind die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben auf ihren höchsten Stand gestiegen. Laut Statistik des Bundesgesundheitsministeriums fehlten die Arbeitnehmer im ersten Halbjahr 4,39 Prozent der Sollarbeitszeit (Vorjahr: 4,24) – das sind rund 1,2 Milliarden Arbeitsstunden.

FAST 1000 MARK mehr als noch vor zwei Jahren kostet heute das Autofahren in Deutschland. Nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) hat sich Sprit um 655 Mark verteuert, die Versicherung um 170 und die Kfz-Steuer um 140. Unterhaltskosten insgesamt im Jahr: 6.000 Mark. Ein Sprecher des Verbands:

„Die Schmerzgrenze ist erreicht. Jede weitere Versteuerung schränkt Mobilität und soziales Leben ein.“ Und trotzdem: ■ Ab November werden auf nicht schwefelarme Dieselkraftstoffe drei Pfennig mehr pro Liter erhoben. ■ Ab Januar steigt um sechs Pfennig noch einmal die Ökosteuer.

GESAMTMETALL hat für das neue Ausbildungsjahr annähernd 70.000 neue Lehrverträge in der Metall- und Elektroindustrie angekündigt. Die Entwicklung in der Branche zeigt damit „steil nach oben“. Allein im vergangenen Jahr sind bereits über 50 Prozent zusätzlicher Ausbildungsplätze angeboten worden.

DIE MEHRHEIT am Frankfurter Öko-Test-Verlag, der sich heute noch im Besitz von 2000 Gesellschaftern befindet, wird die Deutsche Druck- und Verlagsanstalt (DDVG) mit Sitz in Hamburg übernehmen. Die DDVG ist die Holding aller Beteiligungen der SPD. Dazu gehören unter anderem neun Regionalpresse-Verlage und vier Akzidenzdruckereien. Der SPD gehören auch Anteile an Zeitschriften wie zum Beispiel an der Stadtillustrierten Szene Hamburg. **UD**

Wirtschaftsinstitute und Experten korrigieren die Aussichten **nach unten**

Ausgangslage

Wirtschaftsinstitute und Experten übertreffen sich in der Korrektur der Zahlen für das diesjährige Wirtschaftswachstum. Leider handelt es sich um eine Korrektur nach unten. Die Skepsis der Fachleute scheint begründet:

■ Seit Mitte 2000 verlangsamt sich das Wachstum in Deutschland. Zuletzt wurden von den Experten und Sachverständigen Wachstumsraten von 1 bis 1,4 Prozent für das Jahr 2001 prognostiziert.

■ Die schlechte Wirtschaftslage, insbesondere auch im Vergleich mit den europäischen Nachbarstaaten, macht sich mittlerweile deutlich bei den Steuereinnahmen bemerkbar. Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts ging der Bundesfinanzminister noch von einer Zunahme der Wirtschaftstätigkeit um 2,7 Prozent aus. Aus dem abgeschwächten Wirtschaftswachstum ergeben sich Mindereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe.

■ Die Auftragseingänge der

deutschen Industrie sanken im Juni preis- und saisonbereinigt um deutliche 2,5 Prozent gegenüber dem Vormonat. Insbesondere die Bestellungen aus dem Inland sanken um 4,5 Prozent. Die Auftragslage befindet sich damit um 2,9 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

■ Das Geschäftsklima in Deutschland hat sich dramatisch verschlechtert: Das Ifo-Institut hat ein weiteres Absinken des Indexes für die alten Länder festgestellt. Eine Trendwende ist nicht in Sicht.

■ Die Zahl der Erwerbslosen ist im Juli auf knapp 3,8 Millionen gestiegen. Wie bereits im letzten Jahr leidet der ostdeutsche Arbeitsmarkt besonders an strukturellen Problemen. In den neuen Ländern liegt die Arbeitslosenquote mit 17,3 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Westen (7,3 Prozent).

■ Die Inflationsrate befindet sich mit 2,6 Prozent im Juli immer noch auf zu hohem Niveau. Im Mai hatte sie bereits den höchsten Stand seit Dezember 1993 erreicht.

■ Die zur Entlastung der Rentenkassen eingeführte



M. Wissmann

G. Uldall

Ökosteuer, die zum 1. Januar 2002 erneut erhöht werden soll, hat ihr Ziel komplett verfehlt. Eine Senkung des derzeitigen Beitragssatzes von 19,1 Prozent ist in weite Ferne gerückt. Ebenso liegt die Quote bei den Sozialabgaben mit 40,9 Prozent weit über dem angepeilten Ziel. Die Belastung wirkt besonders für mittelständische Unternehmen investitionshemmend.

Analyse und Ansätze

In den schlechten Konjunkturdaten und Arbeitsmarktzahlen spiegeln sich neben weltwirtschaftlichen Faktoren die miserablen Rahmenbedingungen wider, die von der rot-grünen Bundesregierung geschaffen wurden. Insbesondere die Belastung des Mittelstands

mit immer mehr Regulierungen sind Gift für Wachstum und Beschäftigung. 630-DM-Gesetz, Zwangsteilzeit und Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes bringen keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Die strukturellen Versäumnisse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lassen sich nicht länger überdecken. Vor allem in den neuen Ländern droht eine massive Zuspitzung der Lage im Verlauf dieses Jahres.

Zudem hat die Steuerpolitik der letzten drei Jahre zu einer Belastung des Mittelstands geführt. Die in Gang gesetzte Steuerreform greift viel zu kurz. Durch die neu eingeführte Ökosteuer werden die Unternehmen doppelt zur Kasse gebeten: Zum einen wirken sich die Abgaben unmittelbar gewinnmindernd aus. Zum anderen stellt sich die mit der Ökosteuer verknüpfte Senkung der Beitragssätze bei den Sozialabgaben nicht ein.

Mit Hilfe einer intelligenten und maßvollen, insbesondere auf den arbeitsplatzschaffenden Mittelstand Rücksicht nehmenden Steuerpolitik lassen sich entscheidende Impulse für die deutsche Wirtschaft auslösen. Durch die Beseitigung unnötiger Regulierungen, können die Rahmenbe-

P R E S S E G E S P R Ä C H
M I T M A T T H I A S
W I S S M A N N , V O R-
S I T Z E N D E R D E S
A U S S C H U S S E S F Ü R
W I R T S C H A F T U N D
T E C H N O L O G I E D E S
B U N D E S T A G S , U N D
G U N N A R U L D A L L ,
V O R S I T Z E N D E R D E R
A R B E I T S G R U P P E
W I R T S C H A F T U N D
T E C H N O L O G I E D E R
C D U / C S U - B U N D E S-
T A G S F R A K T I O N A M
1 5 . A U G U S T

dingungen für neue Arbeitsplätze entscheidend verbessert werden.

In den letzten Tagen ist deutlich geworden, dass die Ökosteuer endgültig keine Legitimation mehr besitzt. Die mit der Einführung zugesagte Entlastung bei den Beitragssätzen zu den Sozialkassen ist definitiv nicht eingetreten. Sie hat zu keinem Zeitpunkt ökologische Lenkungswirkung besessen. Einen einzigen neuen Arbeitsplatz hat diese fehlgeschlagene Steuer ebenfalls nicht geschaffen. Daher muss die Abkassiererei mittels Ökosteuer ein sofortiges Ende haben. Eine erneute Erhöhung zum 1. Januar 2002 wäre eine weitere Einlage aus dem Absurditätenkabinett von Rot-Grün.

Die mangelnde Investitionsförderung macht sich vor allem in den neuen Bundesländern bemerkbar. Was dort benötigt wird, sind keine verstärkten Subventionen, sondern mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Hochschullandschaft sowie in Forschungseinrichtungen.

Die Liberalisierung verschiedener Märkte durch die Vorgängerregierung hat große Erfolge und Fortschritte sowohl für die Wirtschaft als auch für die Verbraucher bewirkt. Anstatt diesen Kurs auf anderen Feldern fortzusetzen und damit Aufschwung zu erzeugen, setzt die rot-grüne Bundesregierung auf Rück-Regulierung.

Arbeitsmarktpolitik

Eine Umkehr von der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik, die in vielen Fällen wie eine Bremse für mehr Wachstum und Beschäftigung wirkt, kann die Arbeitslosigkeit in Deutschland nachhaltig senken. Hierzu wird vorgeschlagen:

- Wir brauchen finanzielle Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich. Stichworte sind hier Kombilohn, Einstiegsgelder und ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge.
- Die Ablehnung eines an-

gebotenen Arbeitsplatzes oder einer Weiterbildungsmaßnahme muss den Verlust des Anspruchs auf soziale Leistungen nach sich ziehen. Selbstverständlich gilt dies nicht für Personen, die dem Arbeitsmarkt aufgrund Krankheit, Kindererziehung oder Erwerbsunfähigkeit nicht zur Verfügung stehen.

- Die finanziellen Mittel der Arbeitslosenversicherung müssen als wirksames, arbeitsmarktpolitisches Instrument intelligenter eingesetzt werden.
- Unverzichtbar ist eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt bis zum Jahr 2003. Eine solche Reduzierung entlastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen und führt zu einer zwingend notwendigen Senkung der Lohnnebenkosten.
- Die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen radikal heruntergefahren werden, da sie in erster Linie kosmetische Wirkung haben. Gefragt ist vielmehr eine Stärkung des ersten Arbeitsmarktes.
- Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Arbeitslosen- und Sozialhilfe weiterhin getrennt behandelt werden muss. Eine Zusammenlegung führt zu mehr

Effektivität in der Hilfe für wirklich Bedürftige.

- Gerade in der Arbeitsmarktpolitik dürfen keine Denkverbote mehr gelten. Die deutsche Politik darf sich nicht zu fein sein, nachahmenswerte Modelle aus anderen Ländern zu erproben. So sind zum Beispiel die im US-Bundesstaat Wisconsin gewonnenen Erfahrungen teilweise auf Deutschland übertragbar.

Unsere sozialen Sicherungssysteme gehören zu den wertvollsten Errungenschaften. Wir haben sie aufgebaut und werden sie verteidigen. Dies kann aber nur durch eine nachhaltige Modernisierung geschehen – Besitzstandsdenken führt nicht zum Ziel.

Investitionsstrategie für die neuen Länder

Um insbesondere in den neuen Bundesländern einen deutlich spürbaren Aufschwung am Arbeitsmarkt zu erzielen, sind mehr denn je investitionsstärkende Maßnahmen erforderlich. Angesichts derartig dramatischer wirtschaftspolitischer Zahlen ist die Bundesregierung aufgefordert, Anreize für Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze zu schaffen. Gefordert ist kein Konjunkturprogramm alter Art, das keine

langfristige Wirkung hat, sondern die Kürzung konsumtiver Ausgaben in den Haushalten sowie von Mitteln für den zweiten Arbeitsmarkt und die Stärkung von Investitionen auf breiter Front. Hierzu zählen:

- Der Aufbau der Infrastruktur muss mittels gebündelter Investitionsprogramme verstärkt werden. Insbesondere ist ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur von immenser Bedeutung. Private Finanzierungen müssen gerade in diesem Bereich stärker einbezogen werden.
- Für die Sanierung der Innenstädte müssen ebenfalls weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies muss in erster Linie nach einer Überprüfung bestehender Investitionsprogramme erfolgen.

■ Der Ausbau der Hochschul- und Forschungslandschaft ist für die neuen Bundesländer von existenzieller Bedeutung. Die Etablierung eines Netzes von Fachhochschulen dient dem Zweck, die Vernetzung mit Technologieunternehmen voran zu treiben.

Steuerpolitik

Ein großer Anteil an dem unbefriedigenden Konjunkturverlauf ist der Enttäuschung über Eichels Steuer-

reform zuzuschreiben. Sie verteilt das Entlastungsvolumen auf zu viele Stufen mit dem Schwerpunkt auf 2005. Dies ist insbesondere für mittelständische Personengesellschaften zu spät und inakzeptabel, da sie erst dann auf fühlbare Steuersenkungen hoffen können, die im Vergleich zu den Kapitalgesellschaften auch noch zu gering ausfallen. Zudem steigt trotz Steuerreform wegen der „kalten Progression“ das Steueraufkommen weiter an und soll gemäß der Steuerschätzung vom Mai 2001 im Jahr 2005 mit 1.031 Mrd. DM das Istergebnis von 2000 (914 Mrd. DM) um 117 Mrd. DM übertreffen.

Wir plädieren deshalb für ein zweistufiges Vorgehen in der Steuerpolitik:

- Einerseits sollten die Stufen 2003 und 2005 der Eichelschen Steuerreform auf 2002 vorgezogen werden. Wenn die Bundesregierung dies verweigert und die Dinge weiterhin treiben lässt, wird eine unionsgeführte Bundesregierung entsprechende Maßnahmen 2003 ergreifen.
- Andererseits bereiten wir eine grundlegende Steuerreform vor, die eine deutliche Entlastung aller Steuerzahler mit einer durchgreifenden Vereinfachung des

Steuerrechts verbindet und im Jahr 2005 in Kraft gesetzt werden soll. Die aktuellen neuen Vorschläge z.B. der Steuerreformkommission von Prof. Dr. Kirchhof bieten eine gute Grundlage für einen solchen Vorstoß. Wenn es gelingt, ein Steuerrecht durchzusetzen, das es dem Unternehmer erlaubt, seine Chancen im Wettbewerb ohne ständige Überlegungen zu Gestaltung seiner steuerlichen Verhältnisse zu suchen, dann kann sich wirtschaftliche Dynamik erst richtig entfalten.

Um dies zu erreichen, müssen folgende Grundsätze durchgesetzt werden:

- Bestimmend für die steuerliche Belastung soll die Einkommenshöhe sein, nicht die Art der Einkommenserzielung oder die Einkunftsart. Das soll auch für Kapitaleinkünfte gelten. Wird dieser – eigentlich selbstverständliche Grundsatz – verwirklicht, ist schon ein großer Schritt in Richtung Vereinfachung getan.
- Auf staatliche Lenkung über Regelungen in der Einkommen- und Körperschaftsteuer soll soweit wie irgend möglich verzichtet werden. Wenn man nicht das „Steuern mit Steuern“ aufgibt, wird das Steuerrecht immer verworren und löchrig bleiben und damit den Cleveren Chancen zur Steuervermeidung eröffnen.
- Die Besteuerung soll unabhängig von der Rechtsform zu einer vergleichbaren Belastung führen, d. h. nach der kräftigen Reduzierung der Körperschaftsteuersätze müssen auch die Einkommensteuersätze entsprechend gesenkt werden. Berechnungen zeigen, dass der Spaltensteuersatz von 42 auf 35 Prozent gesenkt werden muss, um eine ungefähr gleiche Steuerbelastung herzustellen.
- Spiegelbildlich zur Senkung des Spitzensatzes auf 35 Prozent sollte auch der Eingangssteuersatz deutlich reduziert werden. Dies ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sondern wir hätten dann auch einen erheblichen Leistungsanreiz, im Niedriglohnbereich eine Arbeit aufzunehmen.
- Der Tarifverlauf sollte stufenförmig sein, so wie dies in allen anderen OECD-Staaten der Fall ist.

<http://>

Informationen zur
Steuerpolitik der
CDU/CSU: www.cducsu.bundestag.de

FRANK STEFFEL:

Geballte Wirtschaftskraft für Berlin

„Ich will, dass jeder Existenzgründer, bevor er an den Start geht, an Berlin denkt. Weil Berlin schon jetzt die Existenzgründer-Stadt Nr. 1 in Deutschland ist, weil wir für eine unkomplizierte Förderung und Beratung sorgen, weil wir Raum geschaffen haben für Neugründungen und Technologie-Parks.“

Ich will, dass wir unsere Wirtschaftskraft stärken, Arbeitsplätze schaffen und durch Sparsamkeit unsere Finanzprobleme lösen. Weil Berlin eine Dienstleistungsmetropole werden soll, wozu auch die Medien und die Freizeit- und Unter-

haltungsindustrie zählen. Weil Berlin ein Zentrum modernster Technologie werden soll, insbesondere in den Bereichen Information, Medizin- und Verkehrstechnik. Weil Berlin die Hauptstadt des Geistes, also von Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur bleiben muss.“

Das sind zwei der acht Zukunftsziele, die sich Frank Steffel, Spitzenkandidat der CDU bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, gesteckt hat. Für ihn ist eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für die Hauptstadt, eine Wirtschaftspolitik, die sich den

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt, das politische Credo.

Um diese Vorstellungen auch umsetzen zu können, braucht man nicht nur richtige Wirtschaftskonzepte, sondern auch Persönlichkeiten, die für den Wirtschaftsstandort werben.

Frank Steffel hat sich die geballte Wirtschaftskraft zur Unterstützung in die Hauptstadt geholt: ■ **Manfred Genth**, Finanzvorstand bei DaimlerChrysler ■ **Horst Teltschik**, ehemals Vorstandsmitglied bei der BMW AG mit Erfahrungen in der internationalen Wirtschaftspolitik ■ **Eric**

NIEDERSACHSEN

Wulff will in der Fläche punkten

In der Grafschaft Bentheim hat am 18. August der Landesvorsitzende Christian Wulff seine Sommerreise begonnen.

Er wolle sich nicht nur auf die Ballungszentren konzentrieren, sondern auf die mehrheitlich von der CDU dominierte Fläche. Im Verlauf seiner Reise, die unter dem Motto „Der Mensch im Mittelpunkt“ steht, will er 33 Kreisverbände besuchen. Insgesamt stehen 75 Termine auf seinem Programm. (Siehe auch Seite 3)

HAMBURG

Für einen besseren Schutz der Bürger

Zu einem Kongress Innere Sicherheit am 3. September – Eröffnung und Begrüßung um 15 Uhr – haben Angela Merkel und der Bürgermeisterkandidat der CDU bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, Ole von Beust, in die Hansestadt eingeladen.

Mit 16.675 Verbrechen pro 100.000 Einwohnern ist Hamburg die Kriminalitätsstadt in Deutschland. Diebstahl, Raub und Einbruch gefährden Lebensqualität und Freiheit der Bürger. Hinzu



WICHTIG: am 8. September Wahlkampferöffnung mit Frank Steffel im Palais am Funkturm

Schweitzer, Vorstandsmitglied der ALBA AG & Co. KG ■ **Lothar Späth**, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG und ehemals Ministerpräsident von Baden-Württemberg mit Erfahrungen bei Unternehmensgründungen, die besonders für den Ostteil der Stadt wichtig sind. – Mit diesen vier Unternehmern hat Steffel äußerst einflussreiche und

international anerkannte Wirtschaftsexperten für sein Beraterteam gewonnen.

Mit ihnen kann die CDU ihre moderne Wirtschafts- und Unternehmensgründungspolitik weiterführen. Vor allem Unternehmensgründungen in den innovativen Technologiefeldern und modernen Dienstleistungen sind für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins wichtig.



► kommen Vandalismus, Schmierereien und Belästigung durch aggressives Betteln, Drogenkriminalität, Verwahrlosung von Straßen und Plätzen und die Beschädigung öffentlicher Verkehrsmittel.



Bürgermeisterkandidat der CDU, Ole von Beust

Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit und Ordnung

Angela Merkel und Ole von Beust: „Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Konse-

quente Kriminalitätsbekämpfung gehört deshalb zu den ganz wichtigen Aufgaben unserer Politik. Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit und Ordnung.“

■ „Nur der Wechsel macht Hamburg sicher“ ist im Hinblick auf die **Bürgerchaftswahlen am 23. September** das Thema der Rede von Ole von Beust. ■ Thema des Innenministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm: „Innere Sicherheit braucht den starken Rechtsstaat“. ■ Die Parteivorsitzende beschreibt das „feste Wertefundament“, ohne das Innere Sicherheit nicht möglich ist. ■ Das Schlusswort hält Generalsekretär Laurenz Meyer.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORG

THIERSE

Amtsmißbrauch

Wolfgang Thierse hat sich wieder eingemischt; oder wie es im Jargon der Wendejahre hieß: er hat sich „eingebracht“. Ausgerechnet zum 40. Jahrestag des Mauerbaus hat er der Union vorgeworfen, die PDS als politische „Keule“ gegen die SPD zu benutzen, was ihm sofort den Vorwurf einbrachte, sein Amt wieder einmal für parteipolitische Zwecke missbraucht zu haben. Dieser Streit ist nicht neu. Dass Wolfgang Thierse ein polemischer, ja polarisierender Bundestagspräsident ist und sich darin von vielen seiner Vorgänger unterscheidet, ist das mindeste, was man ihm attestieren darf. Dass er zwischen seinen Funktionen als Parteipolitiker und als zweithöchster Repräsentant der Republik nicht immer sauber genug trenne, ist dagegen ein Vorwurf, den er auch selbst immer wieder provoziert hat. Seine

barsche, mitunter inquisitorische Tonart, die er in der Spendenaffäre gegenüber der CDU anschlug, musste bei der Opposition den Eindruck wecken, es gehe dem Bundestagspräsidenten nicht nur um die leidenschaftslose Wahrung von Recht und Gesetz, sondern auch um das eigene politische Prinzip. Die Welt

NEUE LÄNDER

Bau ab und auf

Also doch! Das Investitionsprogramm „Stadtumbau Ost“, bisher befristet bis 2005, wird bis 2009 verlängert. Was in Zahlen heißt, dass die so genannte Stadtentwicklung in Ostdeutschland in den nächsten acht Jahren mit insgesamt 2,2 Milliarden Mark gefördert wird. Wie nennt man das: Politik mit Spendierhosen? Das ist keine Irreführung, das nennt man eben Wahlkampf. Ganz neu ist die Forderung ja außerdem nicht. Aber einmal abgesehen von dieser Stilfrage – ist die Ent-

scheidung richtig? In Ostdeutschland stehen eine Million Wohnungen leer. Ob Leipzig oder Luckenwalde, hier tickt eine sozialpolitische Zeitbombe. Vorschlag einer Regierungskommission: bis zu 400 000 Wohnungen „vom Markt zu nehmen“. In klaren Worten: Rückbau, Abriss, Plattensterben. Damit einher geht im Osten seit längerem ein schrittweiser Abbau von Infrastruktur. Bahnlinien werden stillgelegt, Sparkassen schließen, Schulen, Läden. Wo nun der Osten abweisend wirkt, wandern die Menschen ab. Aus dieser Lage erklärt sich das Programm zur „Sanierung der Innenstädte“. Etwa so: Zur Stadterneuerung durch Abriss, zu Arbeitsplätzen durch Abbau – ein dialektisches Aufbauprogramm.

Der Tagesspiegel

Abwanderung

Die Allensbacher Demoskopen haben herausgefunden, dass nur 27 Prozent der Westdeutschen, aber 54 Prozent der Ostdeutschen

NEU NPOST KUR

Gründungsjahr 1920

WIRTSCHAFT

der Auffassung sind, dass sich in den östlichen Bundesländern die wirtschaftliche Lage verschlechtere. Subjektivität ist beiden Urteilen nicht fremd; doch aus dem westlichen folgt (fast) nichts – niemand geht mehr nach Osten, um dort selbstlos zu helfen –, aus dem östlichen aber einiges: 72 Prozent der jungen Leute zwischen 16 und 29 Jahren glauben, „dass sie in Westdeutschland mehr Chancen“ hätten. Ob daraus schon der Entschluß zur Arbeitssuche in Köln oder Stuttgart folgt, wird sich erst in Jahren nachweisen lassen. Jedenfalls sind seit dem Fall der Mauer nur eineinviertel Millionen nach Osten gezogen, aber mehr als zwei Millionen nach Westen.

Frankfurter Allgemeine

AUTOKOSTEN

■
Wann greift Schröder endlich ins Steuer?

Um gut 1000 Mark sind die Kosten für den eigenen fahrbaren Untersatz durch-

schnittlich in nur zwei Jahren gestiegen. Mineralölsteuer, Ökosteuer, Kfz-Steuer – der Rubel rollt, bevor wir überhaupt unsren Fuß auf das Gaspedal gedrückt haben. Der schlimmste Preistreiber ist Vater Staat: Fast 100 Milliarden Mark kassieren die öffentlichen Kassen bei den Autofahrern jährlich ab. Allein die Einnahmen aus der Kfz-Steuer steigen dieses Jahr um 26 Prozent. Wundert sich da noch jemand über die Flaute auf dem Automarkt? Gerhard Schröder lässt sich gerne als Auto-Kanzler feiern. Wann greift er endlich ins Steuer? Bild-Zeitung

MAZEDONIEN

Erhebliche Risiken

Der Beschluss des atlantischen Bündnisses, nicht tapferlos zuzusehen, wie Mazedonien in einen Bürgerkrieg taumelt und den mühsam stabilisierten Balkan mit in den Abgrund reißt, ist richtig. Er ist auch konsequent, hat doch der Westen schon

ROT-GRÜN in Hamburg liegt nach der jüngsten Umfrage einen Monat vor der Bürgerschaftswahl deutlich hinter der Opposition zurück: 45 % für SPD und GAL, 49 % für CDU, FDP und die Schill-Partei.

seit den ersten Anzeichen für den Verfall Jugoslawiens den Anspruch erhoben, die Neuordnung Südosteuropas mitzubestimmen. Der Auftrag, den die Nato ihren Truppen mit auf den Weg gegeben hat, folgt aber auch einer anderen, unglückseligen Tradition westlicher Balkan-Politik: große Ziele ohne große Entschlossenheit und mit unrealistisch niedrigem Aufwand zu verfolgen. Der Ausgang der Expedition wird für die Bedeutung der Nato als Kriegsverhinderer Folgen haben. Die Nato lässt sich mit der Beschränkung ihres Auftrags auf das Einsammeln von Waffen in einer politisch und militärisch instabilen Lage auf erhebliche Risiken ein.

Frankfurter Allgemeine

Motiv-Plakat „Der Versprecher“

Bestellschein

CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Klingelhöferstrasse 8

10785 Berlin

Tel.: 030/ 220 70- 381

Fax: 030/ 220 70- 389

Wer Interesse hat, kann dieses Plakat ab sofort bestellen. Alternativ bieten wir Ihnen die Daten auf einer CD-ROM an. Sie haben damit die Möglichkeit auch eine Druckerei vor Ort für einen Druck zu beauftragen.

--	--	--	--

Absender / KV-Nr.

Rechnungsanschrift

CDU-Verband

Ansprechpartner

Strasse

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verband

Ansprechpartner

Strasse

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Bestellung

Expl.

• Plakat DIN A1

Preis: 10,00 DM / je 10 Plakate

5,11 *

(10 Plakate sind ein Versandpäckchen)

--

--

Alle Preise sind zzgl. 16% MwSt. und
4,90 DM Porto pro Versandpäckchen

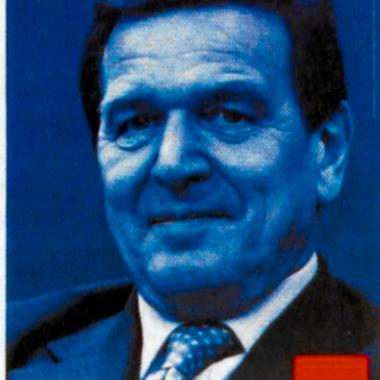
• CD-ROM

Preis: 6,00 DM / je Exemplar

3,07 *

zzgl. 16% MwSt. und Versandkosten

**Mehr als versprechen
kann ich nicht.**



www.cdu.de

Datum

Unterschrift



Faltkarte „Wirtschaftswachstum-10 Punkte für den Aufschwung“

Bestell-Nr.: **2739**

100 Expl.: 14,00 DM/7,16 EURO

Postkarte „Rot-Grün: Nix richtig. Nur teuer.“

Bestell-Nr.: **9757**

100 Expl.: 15,00 DM/7,67 EURO



FAKten & POSITIONEN

KONJUNKTUR
KONJUNKTUR

ARBEITSMARKT
ARBEITSMARKT

CDU

Broschüre „Fakten & Positionen – Konjunktur und Arbeitsmarkt“

(DIN A4)

Bestell-Nr.: **5748**

25 Expl.: 22,00 DM/
11,25 EURO

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Sofortprogramm der CDU

für mehr
Wachstum
Beschäftigung

CDU

Leporello „10-Punkte-Sofort- programm der CDU für mehr Wachstum & Beschäftigung“

Bestell-Nr.: **2758**

100 Expl.: 30,00 DM/
15,34 EURO

5

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Broschüre „Vorrang für Familien – Freiräume für das Leben“

Bestell-Nr. 2750
50 Expl. 31,00 DM
(15,85 EURO)

PDS-Doku- mentation

Bestell-Nr. 5764
Preis je 20 Expl.
15,00 DM
(7,67 EURO)

Die PDS – Fakten & Hintergründe

Was sie will.
Was sie macht.
Wer sie lenkt.

CDU